



Zuletzt hieß es, Ex-ÖBB-Boss Martin Huber könnte Kanzler Werner Faymann schwer belasten. Ganz so ist es nun aber doch nicht gekommen

Abgang mit Nachgeschmack

Korruptionsermittler haben Ex-ÖBB-Chef Huber zu seiner teuren Ablöse 2008 einvernommen – und zur Rolle Werner Faymanns

Dass diese Affäre ausgerechnet jetzt hochkocht, kann Bundeskanzler Werner Faymann wohl so gar nicht gebrauchen. „Faymann wusste alles“, titelte „Format“ Mitte Juli. Gemeint waren die fragwürdigen Umstände der teuren Ablöse des ehemaligen ÖBB-Chefs Martin Huber 2008. Faymann war damals Verkehrsminister. Gegen Huber laufen jetzt Betrugsermittlungen, er bestreitet sämtliche Vorwürfe. Fast hatte es den Anschein, Huber würde den SPÖ-Chef, gegen den bisher nicht ermittelt wird, ans Messer liefern.

Ganz so ist es dann doch nicht gekommen. Am 29. Juli hat das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung Huber einvernommen und zur Rolle Faymanns befragt. Dabei nahm Huber den Kanzler eher aus der Schusslinie: Faymann habe ihm Anfang April 2008 ausrichten lassen, dass „er kaum Möglichkeiten sieht, sich in die Causa aktiv einzumischen“, sagte Huber laut Protokoll, das News vor-

liegt. Mit „Causa“ war die Ablösedebatte um Huber gemeint – nicht nur, aber auch wegen dessen fragwürdiger Informationspolitik gegenüber dem Aufsichtsrat bezüglich eines privaten Immobilienprojekts.

Faymann soll dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl gesagt haben, dass für ihn nur eine einvernehmliche Auflösung des Vorstandsvertrags infrage komme, sagte Huber, der mit Häupl bei einer Bahnhofseröffnung ins Gespräch gekommen war.

Eine Abberufung Hubers durch den Minister wäre die ÖBB viel günstiger gekommen. Die einvernehmliche Vertragsauflösung soll mehr als 800.000 Euro gekostet haben. Der mittlerweile verstorbene Aufsichtsratschef Horst Pöchlhuber rechtfertigte die Einvernehmliche laut „Format“ 2010 in einer Beschuldigteneinvernahme damit, dass Huber nicht „durch den Eigentümer“, also Faymann, abberufen wurde. Hubers Anwalt Meinhard Novak ist dagegen überzeugt, dass Faymann nichts falsch

gemacht hat: „Die einvernehmliche Auflösung war für die ÖBB sicher der beste Weg.“ Es stellt sich die Frage, ob Huber seine Beteiligung am Immoprojekt „Schillerplatz“ tatsächlich immer verheimlicht hat. Der Vorgänger Pöchlhuber als Aufsichtsratschef, Wolfgang Reithofer, sagte aus, dass die Nebenbeschäftigungsklausel in Hubers Dienstvertrag angepasst wurde.

Kein Problem wäre es für Huber laut Vertrag gewesen, hätte er sich nicht unternehmerisch, sondern nur zum Steuersparen an einer Firma beteiligt. Viele wohlhabende Österreicher nutzen legale Steuersparmodelle über Firmenbeteiligungen. Dass es bei einem bestens bezahlten Manager einer öffentlichen Firma quasi als selbstverständlich angesehen wurde, wirkt trotzdem seltsam. Hier wird man Werner Faymann aber nichts vorwerfen können. Beim Abschluss von Hubers Vertrag 2004 war Hubert Gorbach von der FPÖ Verkehrsminister.

☎ Stefan Melichar